TOP 3.4.5 Industriellenvereinigung – „Beste Bildung für Österreichs Zukunft“

Die Industriellenvereinigung (IV) hat Ende 2014 eine grundlegende Neukonzeption des österreichischen Bildungswesens eingefordert und dazu ein Modell vorgelegt. Der Fokus des Konzepts liegt auf den zwei Schwerpunkten – „Bildung neu denken“ und „Schule besser leben“. Diese beiden Schwerpunkte sind die Kernelemente eines ganzheitlichen IV-Bildungsprogrammes und sollen dann im Laufe des Jahres 2015 um die Themen Elementarbildung, berufliche Bildung und Hochschulbildung ergänzt werden.

Die IV nennt sechs Faktoren für eine gelingende Schule: Gelingende Schul- und Beziehungskultur, erfolgreiche Lehr- und Lernprozesse, verantwortliche PädagogInnen, autonome Schule, verschränkte Ganztagschule und „mehr Spitze und mehr Breite“. Die Umsetzung der Erfolgsfaktoren soll in einer Einführung einer in sich differenzierten gemeinsamen Schule vom Schulbeginn bis zum Übergang in die Sekundarstufe II erfolgen, da diese „am besten in der Lage ist, talentfördernd und potenzialorientiert zugleich zu arbeiten.“ Allerdings bleibt offen, ob es eine inklusive Schule für wirklich alle Kinder ist oder ob es weiterhin Sonderschulen geben soll.

Und so sieht die neue Schulstruktur der IV aus:

- Verpflichtendes Startschuljahr mit schulähnlichem Charakter
- Neun Jahre gemeinsame Schule in drei Schulphasen:
 - Schulphase I: Grundkompetenz in den Kulturtechniken
 - Schulphase II: Aufbau von Allgemeinbildung und Fachkenntnissen
 - Schulphase III: Ausbau von Allgemeinbildung und Fachkenntnissen, Ausbildungs- und Berufswegorientierung
- Verschränkter gemeinsamer Ganztagsunterricht: Kernzeit 8.30 – 15.30; optional von 7.00 bis 19.00
- Kombination aus Ziffernnoten und alternativen Beurteilungssystemen
- Bildungspflicht beginnt mit vier Jahren (2. Verpflichtend Kindergartenjahr) und endet mit dem erfolgreichen Abschluss der mittleren Reifeprüfung (längstens bis 18 Jahre).
- Im Anschluss wählen die SchülerInnen, die die mittlere Reifeprüfung positiv absolviert haben, eines der weiterführenden Bildungsangebote: BMHS, duale Berufsausbildung oder AHS-Oberstufe. Zukünftig startet die duale Berufsausbildung mit einem vollschulischen Berufsschuljahr.
- Hohe Autonomie der Schulen in pädagogischen, finanziellen und personellen Belangen.
- Neues Schulträgerschaftsmodell: Private Anbieter und Gebietskörperschaften können als Schulträger fungieren. Sie erhalten eine Pro-Kopf-Finanzierung und zusätzlich zu definierende Ressourcen.
- Begleitend wird ein Unterstützungspersonal (pädagogisch und administrativ) und eine regelmäßige Fort- und Weiterbildung der PädagogInnen gefordert.

Die AK sieht das vorliegende Modell als Grundlage weiterer Diskussionen über eine gemeinsame, ganztägige Schule. Nunmehr greift auch die IV langjährige Forderungen der AK auf: zentral dabei die gemeinsame Schule sowie die Ganztagschule in verschränkter Form. Positiv ist auch die grundsätzliche Herangehensweise, die Bildung auch als Heranbildung und Stärkung wertorientierter und ganzheitlicher Persönlichkeiten sieht. „Eine Schule für die Gesellschaft von morgen hat die Aufgabe, SchülerInnen Bildungsmotivation, Selbstwert, (über)fachliche Kompetenzen und die Fähigkeit zum Lernen allgemein zu vermitteln.“

Es wird auch eine Würdigung der Leistungen der Vergangenheit vorgenommen: verpflichtendes letztes Kindergartenjahr, Lehre mit Matura, Diskussionen über mehr Effizienz in der Schulverwaltung oder die Einführung der Bildungsstandards:

Negativ und aus AK-Sicht abzulehnen sind die Positionen zum Thema Schulautonomie und Schulorganisation: Nach Vorschlag besteht die autonome Schule darin, dass jede Schule im Bereich ihrer personellen, finanziellen und pädagogischen Belange und Ressourcen autonom ist. Zum Thema Schulorganisation und Schulträger:

„Die neue Schule basiert auf einem modernen Schulträgerschaftsmodell, welches die bisherige Systematik von öffentlichen Schulen und Privatschulen (Inkl. Sprengel als abgegrenztes Einzugsgebiet) auflöst. Jede Schule muss einen Schulträger haben. Ein Schulträger kann mehrere Schulen betreiben. Jede Gebietskörperschaft, jeder Gemeindeverbund sowie Organisationen und Einzelpersonen können Schulträger sein. Sie agieren dabei aber nicht hoheitlich.“

Wie das Beispiel des PISA-Absturzlandes Schweden zeigt, ist die Privatisierung des Schulwesens sowohl gesellschaftlich nachteilig, weil die Chancengleichheit geschmälert wird als auch die Leistung insgesamt verschlechtert, weil Schulen, die als Unternehmen agieren, sich nicht am Gemeinwohl orientieren.

Die AK lehnt eine Privatisierung der Schulen ab. Schulen müssen weiterhin grundsätzlich in öffentlicher Trägerschaft bleiben. Auch eine Abschlussprüfung am Ende der Schulpflicht (mittlere Reife) sehen wir sehr kritisch, da aus dem Konzept nicht hervorgeht, was mit jenen SchülerInnen passiert, die die Prüfung nicht positiv absolvieren.

Zusammenfassend ist das Konzept allerdings sehr geeignet, im Bündnis mit der IV wesentliche Forderungen verstärkt öffentlich zu machen und die Chancen auf Durchsetzung zu erhöhen.